

Kurzbericht

Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(33. Sitzung am 29. Oktober 2025)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der Unterausschuss schließt die Mitberatung des Einzelplans 11 - Justizministerium - und des Einzelplans 20 - Hochbauten - unter Einbeziehung der MiPla 2025 bis 2029 ab.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/6273](#)

Der Unterausschuss schließt die vorbereitende Beratung ab und regt gegenüber dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen an, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Personalgewinnung für den Justizvollzug optimieren - zentrale Beratungsstelle zur Nachwuchsgewinnung einrichten!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6805](#)

Der Unterausschuss beginnt mit der vorbereitenden Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.

4. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung **teils in nicht öffentlicher Sitzung, teils in vertraulicher Sitzung** entgegen und führt darüber eine Aussprache.